

AKTUELLE CHRONIK

(1. Dez. 1981 bis 28. Febr. 1982)

von
Mara Roga

A S I E N A L L G E M E I N

Das am 6. Nov. in Kuala Lumpur gegründete Asiatisch-Pazifische Nachrichtennetz ("Asian-Pacific News Network", ANN), an dem sich 23 nationale Nachrichtenagenturen Asiens, darunter auch die der UdSSR, der VR China und Japans, beteiligen, nahm am 1. Jan. seine Arbeit auf. Es soll Lücken in der Berichterstattung internationaler Agenturen schließen und ein von westlichen Medien unabhängigeres Bild der Ereignisse in Asien vermitteln.

S Ü D A S I E N

BANGLADESH. Das erst am 27. Nov. berufene Kabinett, bestehend aus 23 Ministern im Kabinettsrang sowie 14 Staatsministern und vier Vizeministern, wurde am 11. Febr. unter dem Vorwurf mangelnder Integrität, Ehrlichkeit und Achtbarkeit zahlreicher Minister von Präsident Abdus Sattar wieder entlassen. Dem neuernannten, stark reduzierten Kabinett gehören nunmehr 18 Mitglieder an, wobei Sattar wieder das Verteidigungsressort übernahm; Premierminister Shah Azizur Rahman und Außenminister Shamsul Haq behielten ihre Ämter.

Am 1. Jan. wurde von der Regierung ein "Nationaler Sicherheitsrat" eingesetzt, dem neben Präsident Sattar als Vorsitzendem die Chefs der drei Waffengattungen sowie fünf Minister angehören sollen. Generalstabschef H.M. Ershad, der für die Streitkräfte ein konstitutionell abgesichertes Mitspracherecht im politischen Entscheidungsprozeß fordert, wies das Konzept als für die Armee unannehmbar zurück.

Anfang Dez. war die Repatriierung der 18.000 Stammesangehörigen, die aus den Chittagong Hill Tracts in den indischen Bundesstaat Tripura geflüchtet waren, weitgehend beendet.

INDIEN. Bei einem mehrtägigen Besuch in Neu-Delhi Mitte Dez. traf Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff neben führenden Wirtschaftsvertretern auch mit Staatspräsident Sanjiva Reddy und Ministerpräsidentin Indira Gandhi zusammen. Zwei Tage vor dem Besuch des Bundeswirtschaftsministers unterzeichneten Vertreter der Howaldtswerke - Deutsche Werft AG (HDW) und der indischen Regierung in Delhi einen Vertrag über die Lieferung von zwei U-Booten durch HDW und den Lizenbau von zwei weiteren U-Booten in Indien.

Keinen Durchbruch brachten die ersten chinesisch-indischen Grenzverhandlungen seit 21 Jahren Mitte Dez. in Beijing; beide Seiten zeigten sich jedoch bereit, den Dialog fortzuführen und daneben die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen auszubauen.

Nachdem Indien zunächst den im Sept. von Pakistan vorgeschlagenen bilateralen Nichtangriffspakt zurückgewiesen hatte, zeigte es gegen Jahresende doch Gesprächsbereitschaft. In den vom 29.1. bis 1.2. in Neu-Delhi stattfindenden Gesprächen einigten sich die Außenminister Indiens und Pakistans auf einen Vorschlag Indira Gandhis, eine gemeinsame Kommission zu bilden, die sich künftig mit Fragen der bilateralen Beziehungen befassen soll. Eine für Anfang März vorgesehene zweite Gesprächsrunde wurde jedoch von Indien vorläufig aufgeschoben.

Ende Jan. kam der spanische König Juan Carlos zu einem einwöchigen Staatsbesuch nach Indien.

Am 15. Jan. bildete Ministerpräsidentin I. Gandhi das Kabinett um. Verteidigungsminister wurde der bisherige Finanzminister Ramaswami Venkataraman, dessen Amt wiederum Handelsminister Pranab Kumar Mukherjee übernahm; neuer Justizminister wurde Jagannath Kaushal; Außenminister Narasimha Rao und Innenminister Zail Singh behielten ihre Posten. Die Umbesetzungen folgten auf ein zum zweiten Jahrestag der jetzigen Regierung Indira Gandhi verkündetes 20-Punkte-Reformprogramm, das u.a. Infrastrukturverbesserungen in ländlichen Gebieten vorsieht wie bessere Trinkwasser- und Stromversorgung, Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Familienplanung auf freiwilliger Basis, ferner Unterstützung kleiner Handwerks- und Familienbetriebe sowie Liberalisierung von Investitionsvorschriften, zugleich aber auch härtere Maßnahmen gegen Schmuggler und Steuerhinterzieher.

Aus Protest gegen das Ende 1980 erlassene Nationale Sicherheitsgesetz, das die Inhaftierung von Personen ohne Gerichtsverfahren zuläßt, und gegen das Streikverbot für Arbeitnehmer wichtiger Dienstleistungsbetriebe, aber auch aus Unmut über steigende Preise und zunehmende Arbeitslosigkeit organisierten Opposition und Gewerkschaften am 19. Jan. einen landesweiten Generalstreik. In Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften wurden zwölf Personen getötet und Hunderte verletzt. Vor dem Ausstand hatte die Regierung bereits vorsorglich etwa 6.000 Gewerkschaftsfunktionäre und Oppositionsmitglieder verhaften lassen; die Gesamtzahl der zeitweilig Festgenommenen wird auf 20.000 geschätzt.

Am 20. Jan. wurde die im Bundesstaat Mizoram tätige "Mizo National Front" samt ihren Unterorganisationen von der Regierung verboten; ihr wurden secessionistische Aktivitäten und Waffengewalt gegen Regierungsbeamte und die Zivilbevölkerung vorgeworfen.

Im Bestreben, eine überzeugende Alternative zu der Kongreß(I)-Regierung zu stellen, gaben am 22. Jan. die drei größten nichtkommunistischen Oppositionsparteien Janata, Lok Dal und Kongreß(S) ihren Beschluß bekannt, sich im Febr. zu einer gemeinsamen Partei zusammenzuschließen; die vierte große Partei, die Bharatiya Janata Party, erklärte sich zur Zusammenarbeit mit der neuen Partei bereit.

Im Alter von 58 Jahren starb am 29. Jan. in New York der ehemalige König von Sikkim, Palden Thondup Namgyal. Das Himalaya-Königreich wurde 1973 von Indien als 22. Bundesland annektiert.

NEPAL. Als erster hochrangiger Regierungsvertreter der Sowjetunion seit 21 Jahren stattete Mitte Dez. der stellv. Außenminister V.V. Kuznetsow Nepal einen zweitägigen offiziellen Besuch ab. In Gesprächen mit Premierminister Surya Bahadur Thapa wurden die Möglichkeiten einer Erhöhung der sowj. Wirtschaftshilfe erörtert.

Beim kurz darauf folgenden Staatsbesuch des indischen Präsidenten Sanjiva Reddy wurden ungelöste Probleme, wie die gemeinsame Flußwassernutzung und Nepals Wunsch nach einer Anerkennung als Friedenszone, angesprochen.

Am 11. Jan. wurde eine 61 km lange, von den Chinesen etwa 100 km westl. von Kathmandu erbaute Straße offiziell eröffnet.

Im Febr. gab die Regierung bekannt, daß zur Förderung der Industrialisierung in Zukunft auch ausländische Banken zugelassen werden sollen.

PAKISTAN. Mitte Jan. begann Staatschef Gen. Zia-ul Haq eine Europa-Reise, die ihn nach Italien, Rumänien, Jugoslawien und Frankreich führte. In Rom sprach er mit Staatspräsident Pertini und Regierungschef Spadolini über das Problem der 2 Mio. afghanischen Flüchtlinge in Pakistan. Vor Abschluß seines Besuchs in Italien wurde er von Papst Johannes Paul II. in Privataudienz empfangen. Zuvor hatte er auf einer Pressekonferenz alle Vorwürfe gegen sein Regime zurückgewiesen und die kürzlich von Amnesty International erhobenen Anklagen, unter seiner Militärherrschaften seien Verhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen von unliebsamen Personen an der Tagesordnung, als falsch bezeichnet. - Während es in Rumänien und Jugoslawien in erster Linie um eine Ausweitung der technischen und finanziellen Hilfe für Pakistan ging, waren mögliche französische Waffenlieferungen ein Hauptthema bei seinen Unterredungen mit Frankreichs Staatspräsident Mitterand. - Anfang Febr. hielt sich der diplomatische Berater des französischen Präsidenten, Regis Debray, in Islamabad auf.

Während zum Jahreswechsel durch Präsidialerlaß ein Ausreiseverbot für alle pakistanischen Bürger verordnet wurde, gaben die Kriegerrechtsbehörden gleichzeitig eine Lockerung der Zensur bekannt, wonach literarische Arbeiten, wissenschaftliche Zeitschriften und auch Tageszeitungen nicht mehr durch Zensurbehörden genehmigt werden müssen; Berichterstattung über politische Aktivitäten in Pakistan sei jedoch weiterhin untersagt.

Ende Dez. gab Präsident Zia die Schaffung einer "Föderativen Beratenden Versammlung" bekannt, die aus rund 300 Mitgliedern bestehen und den Übergang von der Militärherrschaft in eine islamisch-demokratische Grundordnung einleiten soll. Die Beschlüsse des Gremiums sollen allerdings nur den Charakter von Empfehlungen haben.

Mitte Febr. trat Außenminister Agha Shahi zurück; sein Nachfolger wurde General Shahibzada Yakoob Khan.

SRI LANKA. Am 17. Jan. wurde nach fünfmonatiger Dauer der Ausnahmezustand, der aufgrund schwerer Auseinandersetzungen zwischen Tamilen und Singhalesen im Aug. verhängt worden war, aufgehoben. Zugleich wurden die Streit-

kräfte mit dem polizeilichen Recht zur Durchsuchung und Verhaftung ausgestattet.

Am 4. Febr. wurde der neue Regierungs- und Verwaltungssitz Sri Jayewardhanapura auf dem Gelände der alten Königsstadt Kotte vor den Toren Colombos mit der Fertigstellung der Parlamentsgebäude offiziell eröffnet.

S Ü D O S T A S I E N

Im Anschluß an eine Konferenz der Außenminister der fünf ASEAN-Staaten Mitte Dez. im thailändischen Pattaya wurde mitgeteilt, die ASEAN beabsichtige nicht, die geplante Koalition der drei Widerstandsgruppen in Kambodscha militärisch zu unterstützen. Gleichzeitig begrüßten die ASEAN-Außenminister jedoch die baldige Bildung einer Koalitionsregierung, die eine politische Lösung des Kambodschakonflikts beschleunigen werde.

Mitte Jan. trafen sich in Kuala Lumpur die ASEAN-Wirtschaftsminister. Es wurde ein Zusatzabkommen für ein gemeinsames Steinsalz- und Sodaasche-Projekt in Thailand und als 4. ASEAN-Projekt der Bau einer Kupferherstellungsanlage in den Philippinen gebilligt.

BIRMA. Mitte Dez. hielt sich der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rainer Offergeld, in Rangun auf.

BRUNEI. Im Jan. wurden härtere Strafen für Drogenmißbrauch und die Todesstrafe für illegalen Drogenhandel eingeführt.

INDONESIEN. Am 4. Febr. wurde der sowjetische Militärattaché in Indonesien, S.P. Egorow, wegen Spionage des Landes verwiesen; am 6. Febr. wurde der Leiter des Büros der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot, Alexander Finenko, verhaftet, als er zusammen mit Egorow das Land verlassen wollte. Sämtliche Aeroflot-Flüge wurden von der indonesischen Regierung verboten. Das Aeroflot-Büro in Jakarta wurde geschlossen. Finenko soll zusammen mit dem des Geheimnisverrats an die UdSSR beschuldigten indonesischen Marineoffizier Susdaryanto vor Gericht gestellt werden.

Ende Dez. wurden der wegen Beteiligung an dem Putsch von 1965 zum Tode verurteilte frühere Vize-Regierungschef

Subandrio und der ehemalige Luftwaffenchef Umar Dhani zu lebenslanger Haft begnadigt.

Zum Rektor der Universität von Indonesien, die häufig Schauplatz regierungsfeindlicher Aktivitäten war, wurde im Jan. Generalmajor Nugroho Notosusanto berufen.

KAMBODSCHA. Am 4. Dez. trat Ministerpräsident Pen Sovan, der gleichzeitig Vorsitzender der "Revolutionären Volkspartei Kampuchea" war, "aus Gesundheitsgründen" von seinem Ämtern zurück; die Führung der Partei übernahm Heng Samrin, amtierender Ministerpräsident wurde Verteidigungsminister Chen Si, der Anfang Febr. von der Nationalversammlung in seinem Amt bestätigt wurde. Zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister wurde Politbüro- und ZK-Mitglied Bon Thang gewählt.

Am 6. Dez. gaben die Roten Khmer die Auflösung ihrer seit 1960 bestehenden Kommunistischen Partei bekannt. Der Entschluß sei nach einer Meinungsumfrage bei allen Schichten der kambodschanischen Bevölkerung und mit Rücksicht auf die Übereinkunft mit den anderen Widerstandsgruppierungen, nach einem Sieg ein demokratisches System zu errichten, gefaßt worden.

Die Bemühungen der drei Widerstandsbewegungen zur Bildung einer Koalition gegen die vietnamesischen Besatzer haben bisher aufgrund erheblicher Interessengegensätze zu keinem Ergebnis geführt. Im Febr. traf in Beijing das frühere Staatsoberhaupt, Prinz Norodom Sihanouk, mit dem Führer der Rothen Khmer, Khieu Samphan, zu neuen Verhandlungen zusammen. In zwei Gesprächsrunden einigten sich beide Seiten auf Grundsätze für eine eventuelle gemeinsame Regierung in Kambodscha. Die Regierungsform müsse im legalen Rahmen eines demokratischen Kambodscha liegen, das Mitglied der UNO ist; die volle Autonomie der drei Gruppen bei gleichzeitiger Beachtung gemeinsamer Regeln und eines politischen Minimalprogramms solle bewahrt werden. Son Sann, Führer der Weißen Khmer, hatte eine Teilnahme an den Gesprächen in Beijing abgelehnt.

Mitte Jan. brachen erneut Kämpfe zwischen vietnamesischen Truppen und Roten Khmer im Grenzgebiet zu Thailand aus, die im Febr. auch auf thailändisches Territorium übergriffen. Die 3.000 vor den Kämpfen über die Grenze geflohenen Kambodschaner wurden vom thailändischen Militär wieder zurückgeschickt.

LAOS. Mitte Dez. fand in Vientiane ein zweitägiges Konsultativtreffen von Vize-Außenministern sozialistischer Länder statt. Die Teilnehmer sicherten den Ländern Indochinas "feste Unterstützung im Kampf um Festigung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität sowie beim Aufbau des Sozialismus" zu.

MALAYSIA. Einer Erklärung Premierministers Mahathir Mohamad Mitte Dez. zufolge sollen die Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien weiter reduziert werden, während die Zusammenarbeit mit den ASEAN-Mitgliedsländern, Japan und Südkorea erste Priorität erhalten sollen. Trotz der gespannten Handelsbeziehungen mit Großbritannien wurde im Jan. ein Vertrag über den Kauf britischer Militärgüter im Werte von 40 Mio. \$ unterzeichnet.

Einem viertägigen offiziellen Besuch von König Ahmad Shah in Kuwait Anfang Dez. folgte im Jan. ein Staatsbesuch in Saudi-Arabien, bei dem der malaysischen Regierung eine Finanzhilfe von 174 Mio. \$ für 13 Entwicklungsprojekte zugesagt wurde.

Anfang Febr. gab die Regierung bekannt, daß sie rund 450 politischen Gefangenen die Ausreise erlauben werde, falls Menschenrechtsorganisationen sich weiter ihrer annehmen.

PHILIPPINEN. Anfang Febr. formierte sich die bisher zersplitterte Opposition zu einer neuen Partei, der "Philippinischen Demokratischen Partei", die nach Angaben von Radio Manila etwa 80% der oppositionellen Kräfte des Landes vertritt. Mitte des Monats wurden zwei Oppositionspolitiker wegen angeblicher Beteiligung an einem geplanten Putschversuch festgenommen und in ein Militärlager gebracht. Auch zwei Bischöfe und mehrere Priester wurden beschuldigt, sich der Opposition angeschlossen zu haben und auf einen Sturz der Regierung hinzuwirken.

SINGAPUR. Am 8. und 9. Jan. wurden zehn Personen, die nach offizieller Version die Geheimorganisation "Singapore People's Liberation Organization" angehören, verhaftet; ihnen wurde zur Last gelegt, mittels Brandstiftung und Bombenanschlägen den Umsturz der Regierung geplant und um Unterstützung für ihre Pläne auch im Ausland geworben zu haben. Als Anführer der Gruppe wurde ein indischer Moslem bezeichnet, der bei den Parlamentswahlen 1972, 1976 und 1980 erfolglos für die Arbeiterpartei kandidiert habe.

Die Regierung von Singapur verwies Ende Febr. den zweiten Sekretär der sowjetischen Botschaft sowie einen sowjetischen Werftdirektor wegen Spionage des Landes.

THAILAND. Zwei Schiffe der thailändischen Marine versenkten Ende Dez. ein kambodschanisches Küstenschutzboot, wobei acht Besatzungsmitglieder getötet und fünf weitere gefangen genommen wurden. Es war der schwerwiegendste militärische Zusammenstoß der beiden Länder seit einem Jahr. Die Militärbehörden in Bangkok teilten mit, das kambodschanische Boot sei in thailändische Hoheitsgewässer eingedrungen.

Am 19. Dez. fand die dritte Kabinettsumbildung in der Regierung von Premierminister Prem Tinsulanonda statt. Neun Mitglieder der Social Action Party (SAP) wurden wieder in die Regierungskoalition aufgenommen; die SAP, die die größte Partei im 301 Mitglieder zählenden Parlament stellt, war erst vor neun Monaten aus der Koalition ausgetreten. Aus Protest gegen den Wiedereintritt in die Koalition verließen Ende Jan. sieben SAP-Abgeordnete ihre Partei.

In den beiden letzten Januarwochen entbrannten im "Goldenen Dreieck" heftige Kämpfe zwischen thailändischen Regierungstruppen und den Anhängern des Opium-Königs Khun Sa, der Shan United Army, die zahlreiche Tote und Verletzte auf beiden Seiten forderten. Die Opium-Ernte wird nach Schätzungen von Experten in diesem Jahr bei etwa 600 Tonnen liegen.

VIETNAM. Bei einem Besuch von vier ehemaligen US-Soldaten, die am Vietnamkrieg teilgenommen hatten und jetzt zurückgekehrt waren, um nach verschollenen Kameraden zu suchen, ließ Außenminister Nguyen Co Thach im Dez. durchblicken, daß Hanoi wieder an besseren Beziehungen zu Washington interessiert sei. Dies veranlaßte das US-Außenministerium zu der Erklärung, daß die USA zu diplomatischen Beziehungen mit Vietnam nicht bereit seien, solange vietnamesische Truppen Kambodscha besetzt hielten.

Am 12. Febr. traf der indische Außenminister Narasimha Rao in Hanoi ein. In einem Abschlußkommuniqué erklärten beide Seiten, daß die bilateralen Beziehungen ausgebaut und die Zusammenarbeit vertieft werden sollen. Die Spannungen in Südostasien müßten durch friedliche Verhandlungen und Dialogbereitschaft beseitigt werden.

1981 haben nach UNO-Angaben insgesamt 11.261 Vietnamesen das Land legal verlassen, während etwa 45.000

Vietnam-Flüchtlinge in Südostasien auf Aufenthaltsgenehmigungen in anderen Staaten warten.

O S T A S I E N

VR CHINA. Am 14. Dez. trafen Außenminister Huang Hua und der stellvertretende Ministerpräsident Gu Mu an der Spitze einer siebenköpfigen Delegation zu politischen und wirtschaftlichen Konsultationen mit der japanischen Regierung in Tokyo ein. Es wurde ein Abkommen über eine japanische Finanzhilfe in Höhe von umgerechnet 3,1 Mrd. DM unterzeichnet.

Ministerpräsident Zhao Ziyang begann am 20. Dez. einen fünftägigen offiziellen Besuch in Nordkorea. Während er die "unabhängige Außenpolitik" Nordkoreas lobte sowie dessen Bemühungen, die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt zu stärken, verurteilte Zhao die Anwesenheit von US-Truppen in Südkorea, die er als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas und als die Hauptursache für die instabile Lage in Nordostasien bezeichnete.

Ende Januar deutete die chinesische Führung erstmals Kompromißbereitschaft in der Frage amerikanischer Waffenlieferungen an Taiwan an. Ein hoher Regierungsfunktionär erklärte auf die Frage, ob China wegen der geplanten Waffenlieferungen die diplomatischen Beziehungen zu Washington herabstufen werde, dies hänge vom Typ der Taiwan zur Verfügung gestellten Waffen ab. US-Präsident Reagan hatte erst kürzlich entschieden, Taiwan keine modernen Kampfflugzeuge zu liefern, aber weiter den Ersatz veralteter Maschinen durch vergleichbare Modelle zu ermöglichen.

Am 14. Jan. traf der Direktor der sowjetischen Akademie für Auswärtige Angelegenheiten und Vizevorsitzende der sino-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft, Sergej L. Tichwinskij, zu einem zweiwöchigen "Höflichkeitsbesuch" in Beijing ein, wo er mit dem für die Sowjetunion und Osteuropa zuständigen Abteilungsleiter im Außenministerium, Yu Hongliang, zusammentraf. Sein Besuch war Anlaß zu Spekulationen über eine Wiederaufnahme der 1979 abgebrochenen chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen.

Ministerpräsident Zhao Ziyang kündigte auf der 4. Plenartagung des V. Nationalen Volkskongresses im Dez. an, der schwerfällige und personell überbesetzte Verwaltungsapparat solle gestrafft und verjüngt werden. Die Zahl der derzeit 98 Ministerien, Kommissionen und staatlichen Agenturen soll auf 52 reduziert und der Personalumfang um ein Drittel ver-

ringert werden. Von den insgesamt 20 Mio. Verwaltungsangestellten sollen zwei Mio., die bereits vor 1949 in ihren Dienststellen arbeiteten, nach den neuen Bestimmungen pensioniert werden.

Auch in der Armee gibt es Bestrebungen zu einer Verjüngung des Offiziercorps. So sind in der südchinesischen Provinzhauptstadt Kanton nach Angaben von Radio Beijing im Febr. 493 alte Funktionäre der dortigen Armeekommandos in den Ruhestand versetzt worden.

Obwohl die chinesischen Streitkräfte zum überwiegenden Teil mit veralteten Waffen ausgerüstet sind und eine Modernisierung dringend gefordert wird, sieht der Verteidigungshaushalt 1982 Kürzungen in Höhe von 12,7% vor.

HONGKONG. Großbritannien und die VR China haben sich Meldungen einer Hongkonger Zeitung zufolge im Febr. im Prinzip über die Zukunft Hongkongs geeinigt. In einem Vertrag, der am 1. Mai veröffentlicht werden soll, werde Chinas Souveränität über Hongkong anerkannt, China stimme aber der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Status von Hongkong zu.

Im Dez. wurde der ehemalige britische Botschafter in Beijing, Sir Edward Youde, zum neuen Gouverneur der Kronkolonie ernannt; er wird im April die Nachfolge von Sir Murray MacLehose antreten.

JAPAN. Mitte Dez. fand die zweite bilaterale Ministerkonferenz mit der VR China in Tokyo statt, an der auf japanischer Seite Außenminister Sakurauchi und vier weitere Kabinettsmitglieder, auf chinesischer Seite eine Delegation unter Führung von Außenminister Huang Hua und Vizepremier Gu Mu teilnahmen. Zum Abschluß der zweitägigen Konsultationen äußerten sich beide Seiten befriedigt über die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die durch Besuche der Ministerpräsidenten beider Staaten 1982 vertieft werden sollen.

Nach zweieinhalbjähriger Unterbrechung wurden am 20./21. Jan. in Moskau wieder Gespräche auf Regierungsebene mit der Sowjetunion aufgenommen. Die Kontakte, bei denen es auch um die Zukunft der vier von der Sowjetunion besetzten Kurilen-Inseln geht, waren wegen der sowjetischen Intervention in Afghanistan unterbrochen worden.

Ende Dez. wurde vom Kabinett der Haushalt 1982 verabschiedet, dessen Gesamtvolumen gegenüber 1981 eine Stei-

gerungsrate von 6,2% aufweist - die geringste seit 1956. Außer der Erhöhung des Verteidigungsetats um 7,75% wurde nur noch der Budgetposten für Entwicklungshilfe um 11,4% angehoben.

Am 30. Jan. verabschiedete die Regierung ein Maßnahmenpaket, das den Abbau von Handelsschranken vorsieht, die in Form von Inspektions- und Testvorschriften bisher den Import ausländischer Produkte erschwerten. Außerdem soll eine Behörde für die ausländischen Handelspartner, besonders die USA und die EG-Länder, eingerichtet und ein Sonderbeauftragter der Regierung ernannt werden, an den sich ausländische Firmen künftig bei Beschwerden wenden können. Bereits Anfang Dez. wurde die vorzeitige Senkung der Zölle für rund 1.600 Warengruppen beschlossen, die am 1. April in Kraft treten soll.

Am 22. Dez. wurde der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Japans (JSP), Ichio Asukata, mit großer Mehrheit für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Die Spitzenkandidat der größten Oppositionspartei des Landes erhielt 68,5% der abgegebenen Stimmen. Zum Generalsekretär wurde auf einem Parteikonvent Anfang Febr. Noboru Baba ernannt.

MONGOLEI. Wegen Unterschlagung und Verschwendung von öffentlichen Geldern in Höhe von umgerechnet mehreren hunderttausend Mark wurde der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Basarin Shirandib, ein ehemaliger Vizepremier, seines Amtes enthoben. Ihm wurden darüber hinaus anti-sowjetische und pro-chinesische Äußerungen sowie Vetterwirtschaft und die Unfähigkeit, den Universitätsbetrieb funktionsfähig zu erhalten, vorgeworfen.

NORDKOREA. Beim Besuch des ugandischen Präsidenten Obote am 1. Dez. in Pjöngjang wurde ein Abkommen über wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet.

Anfang Dez. unternahm Premierminister Li Jong Ok Besuche in Nepal und Bangladesch; am 11. Dez. wurde in Dacca die Gründung eines gemeinsamen Landwirtschaftskomitees beschlossen.

Nachdem die Regierung in Pjöngjang schon am 22. Jan. einen Wiedervereinigungsvorschlag Südkoreas abgelehnt hatte, antwortete sie am 10. Febr. auf eine am 1. Febr. gestartete neue Friedensinitiative des Südens, die ein 20-Punkte-Paket konkreter Vorschläge für verbesserte Nord-Süd-Beziehungen enthielt, mit dem Gegenvorschlag, eine

Konferenz einzuberufen, an der je 50 namentlich benannte Personen beider Seiten teilnehmen sollten.

Eine Einladung Südkoreas, Beobachter zu dem am 13. Febr. beginnenden Manöver "Team Spirit '82" der amerikanischen und südkoreanischen Streitkräfte zu entsenden, lehnte Pyonyang als "lächerlich" ab. Es sei eine unzumutbare Beleidigung, wenn der Angreifer Bewohner aus dem Zielgebiet seiner Angriffsübung zu dieser einlade.

SÜDKOREA. Im Januar wandte sich Präsident Chun Doo-hwan mit einem neuen Friedensangebot an Nordkorea: In den am 22. Jan. veröffentlichten Wiedervereinigungsplan schlug er die Einrichtung eines gemeinsamen Gremiums vor, das einen Verfassungsentwurf für ein vereinigtes Korea ausarbeiten solle, über den Koreaner auf beiden Seiten der Demarkationslinie dann in freien und demokratischen Wahlen abstimmen sollten; eine in sieben Punkte gegliederte "Provisorische Vereinbarung über die Grundsätze der Beziehungen zwischen Nord und Süd" sieht für die Übergangszeit Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beider Teilstaaten vor sowie verschiedene Formen des Austausches und der Zusammenarbeit. Am 1. Febr. folgte vom Minister für Nationale Wiedervereinigung, Sohn Jae-shik, ein Aufruf zur Wiederaufnahme des Dialogs zwischen ständigen Vertretern auf Ministerebene; er legte ein 20-Punkte-Paket vor, das u.a. die Öffnung der Straßenverbindung zwischen Seoul und Pyonyang sowie der Häfen von Incheon im Süden und Nampo im Norden für die beiderseitige Benutzung vorschlägt, außerdem die Schaffung einer gemeinsamen Touristik-Zone an der Waffenstillstandslinie und freie Besuchsmöglichkeiten in beiden Teilstaaten.

Außenminister Lho Shin-yong war am 22./23. Febr. Gast der französischen Regierung. Bei seinen Unterredungen mit Außenminister Cheysson wurde ihm zugesichert, Frankreichs sozialistische Regierung beabsichtige nicht, die kommunistische Regierung in Pyonyang diplomatisch anzuerkennen. Im weiteren wurden Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, darunter eine mögliche Lieferung von zwei weiteren Kernkraftwerken an Südkorea, erörtert.

Mit dem Beginn des Fünften Fünfjahresplans zur sozio-wirtschaftlichen Entwicklung Anfang Jan. wurden die wichtigsten Wirtschaftsressorts umbesetzt. Neuer Premierminister wurde der Bisherige Präsident der "Korean Traders Association" (KTA), Yoo Chang-soon, zum stellvertretenden Regierungschef wurde Zentralbank-Gouverneur Kim Joon-

sung ernannt; Vize-Innenminister Sohn Jae-shik übernahm das Ministerium für Nationale Wiedervereinigung.

In einer Weihnachtsamnestie wurden 1.113 Gefangene freigelassen, darunter neun politische Häftlinge, aber nicht der zu lebenslanger Haft verurteilte Regimegegner Kim Dae-jung.

Die seit 36 Jahren bestehende nächtliche Ausgangssperre in Seoul und anderen Teilen des Landes wurde am 5. Jan. aufgehoben - mit Ausnahme des Grenzgebiets zu Nordkorea und der Küsten.

TAIWAN. In Begleitung einer mehrköpfigen Delegation besuchte Premieminister Sun Yun-suan vom 7. bis 11. Dez. Indonesien, wo er mit Präsident Suharto, Vizepräsident Adam Malik und anderen hohen Regierungsvertretern Gespräche u.a. über eine Ausweitung der Handelsbeziehungen und Zusammenarbeit in Fischerei, Landwirtschaft und Technologie führte.

Wie Mitte Febr. bekannt gegeben wurde, soll im Zusammenhang mit den Softball-Weltmeisterschaften der Damen im Juli erstmals einem Sportlerteam aus der VR China die Einreise erlaubt werden.

In einer umfassenden Kabinettsumbildung Ende Nov. wurde zum neuen Finanzminister Hsu Li-Teh, zum Wirtschaftsminister Y.T. Chao, zum Vizepremier der bisherige Innenminister Chiu Chuang-huan ernannt; die Ministerposten für Auswärtige Beziehungen, Erziehung und Justiz blieben unverändert.

Umbesetzungen fanden auch in der militärischen Führungsspitze statt: Nachfolger von Generalstabschef Admiral Soong Chang-chih, der im Kabinett das Verteidigungsressort übernahm, wurde General Hau Pei-tsun.

S Ü D P A Z I F I K

AUSTRALIEN. Außenminister Anthony Street erklärte Mitte Dez. in Singapur, Australien halte sich bei der Unterstützung der von den ASEAN-Ländern angeregten Bildung einer Koalition der drei kambodschanischen Widerstandsgruppierungen vorerst zurück; es überlasse die Initiative den ASEAN-Staaten, verfolge die Entwicklung aber genau.

Am 27. Dez. ordnete die Regierung die Ausweisung von 127 Vietnam-Flüchtlingen an. Nach Aussagen des Ministers für

Einwanderung und ethnische Angelegenheiten, Ian MacPhee, seien sie im Okt. illegal in Booten aus Taiwan und Hongkong nach Australien gekommen. - In den letzten fünf Jahren hat Australien insgesamt 68.000 Indochina-Flüchtlinge aufgenommen.

Nach kürzlich bekannt gegebenen Plänen sollen ab April Einwanderer nur nach einem Auswahlverfahren zugelassen werden, das Einwanderungsminister MacPhee als "auf die wirtschaftlichen Erfordernisse zugeschnitten und äußerst stark am Arbeitsmarkt orientiert" beschrieb.

Neuer Generalgouverneur Australiens und Nachfolger von Sir Zelman Cowen wird im Juli der 58jährige Richter Sir Ninian Martin Stephen vom Obersten Gerichtshof Australiens.

NEUSEELAND. Zum Außenminister im neuen Kabinett ernannte Ministerpräsident Muldoon, dessen National Party die Parlamentswahlen Ende Nov. nur knapp gewann, Warren E. Cooper, der den zurückgetretenen Brian Talboys ablöst; neuer Vizepremier ist D. MacIntyre.

Am 28. Jan. beschloß die oppositionelle Labour Party, das Wahlergebnis in einem Wahlkreis anzufechten; bei einem Erfolg wäre die Regierungsmehrheit im Parlament in Frage gestellt.

PAPUA-NEUGUINEA. Anfang Jan. wurde ein Bericht bekannt, der die sofortige Zurückbeorderung von Diplomaten aus fünf Auslandsvertretungen, darunter der in Großbritannien, empfiehlt; ihnen wurden zu hohe Ausgabentätigkeit und Verschuldung zur Last gelegt.

Zu erneuten Spannungen mit Indonesien kam es im Jan., als die Erneuerung von Visa für zwei indonesische Botschaftsangehörige verweigert wurde; nach inoffiziellen Meldungen werden sie der Spionage verdächtigt.

SÜDPAZIFISCHE INSELN. Auf Guam stimmte am 30. Jan. eine überwältigende Mehrheit für einen Commonwealth-Status gegenüber fünf anderen Optionen; die Entscheidung muß vom US-Kongreß gebilligt werden. Die Bewohner der Marschall-Inseln verklagten Anfang Dez. mehrere US-Laboratorien auf 4 Mrd. US\$ Schadensersatz im Zusammenhang mit den in den 50er Jahren durchgeführten Kernwaffenversuchen. Anfang Dez. besuchte Vanuatus Premierminister Pater Walter Lini Frankreich und Großbritannien; beide Staaten

sagten eine Finanzhilfe von insgesamt 13,2 Mio. \$ für 1981 zu. Auf Fidschi wurde am 1. Dez. die Einrichtung einer 200-Meilen-Wirtschaftszone verkündet. Bei einem Besuch des südkoreanischen Parlamentspräsidenten Jung Nae-hiuk am 22. Febr. sagte Vizepremier Ganilau Seouls Einigungsbemühungen mit Pyongyang volle Unterstützung zu, eine diplomatische Vertretung Nordkoreas werde es in Suva nie geben. - Im Hinblick auf die Parlamentswahlen im Juli haben sich die oppositionelle National Federation Party und die erst im Juli 1981 gegründete Western United Front zu einer Koalition zusammengeschlossen. In West-Samoa trat am 5. Dez. Justizminister Asi Eikeni aufgrund einer Betrugsaffäre zurück. Für die am 27. Febr. angekündigten allgemeinen Wahlen haben sich 231 Kandidaten für die 47 Parlamentssitze angemeldet. Am 7. Nov. wurde Tonga Mitglied der FAO. Ende Nov. wurde offiziell der neue Flughafen "Queen Halaevalu Mata'aho Airport" eröffnet. Französisch-Polynesien: Zunehmend erhobene Vorwürfe, das Meerwasser um das französische Nukleartestzentrum auf dem Muroroa-Atoll sei radioaktiv verseucht, wies die französische Regierung erneut zurück. Anfang Dez. wurden zwei weitere Kernwaffenversuche durchgeführt.